

Bericht der Landesregierung
Evaluierung der Internationalisierungsstrategie für das Land Brandenburg

Inhaltsverzeichnis:

Ausgangslage	2
Handlungsfeld 1: Außenkontakte des Landes konzentrieren:	4
1.1 Geographische Ausrichtung: Partnerschaften, Kooperationsräume.....	4
1.1.1 Zusammenarbeit mit Polen	4
1.1.2 Weitere Annäherung des Landes an den Ostseeraum.....	13
1.2 Fachspezifische Netzwerke, Kooperationen und Kontakte	16
Handlungsfeld 2: Handlungsfähigkeit Brandenburgs in internationalen Arbeitszusammenhängen stärken	19
2.1 Organisation und Kapazitäten der Landesverwaltung verbessern:	20
2.2 Thematische Internationalisierungsstrategien:	24
2.3 Fremdsprachenkenntnisse, Interkulturelle Kompetenz und internationale Mobilität – auch außerhalb der Landesverwaltung	27
Handlungsfeld 3: Brandenburg international attraktiver machen.....	31
3.1 Attraktivität steigern, Integration fördern, Willkommenskultur schaffen	31
3.2 Außendarstellung des Landes/Landesmarketing verbessern.....	34
Zusammenfassung und Ausblick:	34

Ausgangslage

Die Internationalisierungsstrategie für das Land Brandenburg wurde im Jahr 2014 verabschiedet. Entsprechend dem damaligen Beschluss hat die Landesregierung überprüft, ob sich die Strategie – trotz tiefgreifender Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen in der Welt – bewährt hat und evaluiert, wie sie bisher umgesetzt worden ist.

Zahlreiche Krisen, darunter oft kriegerische Auseinandersetzungen wie in Syrien, die verschärften Spannungen zwischen Russland, NATO und EU, und eine Vielzahl weiterer Unsicherheitsfaktoren haben zahlreiche Grundlagen internationaler Politik in Frage gestellt und zu großer Unsicherheit in den internationalen Beziehungen geführt. Die Entscheidung des Vereinigten Königreiches für den Austritt aus der EU hat deutlich gemacht, dass die Existenz der Europäischen Union und die Zugehörigkeit zu ihr keine Selbstverständlichkeit ist und an deren Zusammenhalt gearbeitet werden muss. In vielen Ländern, teilweise auch im eigenen Land, nehmen Populismus, Nationalismus und Protektionismus zu.

Diese Entwicklungen stellen auch das Land Brandenburg vor große Herausforderungen. Den insbesondere im Jahr 2015 in großer Zahl in Brandenburg eingetroffenen Geflüchteten sind eine beeindruckende Vielzahl der hier lebenden Menschen mit großer Hilfsbereitschaft und – nach Überwindung anfänglicher Hemmungen – auch mit Offenheit und Neugier begegnet. Dies hat zu unverhofften interkulturellen, letztlich internationalen Begegnungen in allen Teilen des Landes geführt. Wie selten zuvor werden Weltoffenheit und Toleranz der hier lebenden Menschen und der öffentlichen Einrichtungen zu einem zentralen Thema. Das Land stellt sich auf diese Situation ein. Fragen zur Schaffung von Strukturen zur bestmöglichen Unterbringung und Integration von Geflüchteten stehen dabei im Zentrum der Aktivitäten der Landesregierung. Diese Maßnahmen sind Gegenstand des Landesintegrationskonzeptes, das kürzlich überarbeitet worden ist und auf das in diesem Bericht punktuell Bezug genommen wird.

Allerdings haben die Flüchtlingsbewegungen und die neue Komplexität der internationalen Beziehungen, gepaart mit hohen Unsicherheiten, bei vielen Menschen in Brandenburg – wie vielerorts in der Welt – Sorgen und Ängste ausgelöst. Der Wunsch, in der eigenen Stadt, in der eigenen Region, im eigenen Land abgeschottet von dem Rest der Welt zu leben, wird von PopulistInnen und NationalistInnen in politische Forderungen umgemünzt, die scheinbar einfache Lösungen versprechen. Doch diese angeblich einfachen Lösungen lösen die tatsächlichen Probleme nicht, sondern schaffen nur neue.

Vielmehr erfordert die wachsende Komplexität in den internationalen Beziehungen, teils weit entfernt, teils in unmittelbarer Nachbarschaft, eine höhere Aufmerksamkeit für die Vorgänge in der Welt und eine

verbesserte Handlungs- und Reaktionsfähigkeit der Landesregierung. Daher ist jetzt nicht die Zeit, mit den Internationalisierungsbemühungen des Landes nachzulassen, sondern diese entsprechend den Vorgaben der Strategie planmäßig umzusetzen.

Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Wirtschaftspolitik. So profitiert die deutsche – und zunehmend auch die brandenburgische – Volkswirtschaft von internationalem Handel. Angesichts protektionistischer Tendenzen („America first!“), wie sie derzeit etwa in der Politik der USA zu verzeichnen sind, müssen die realen Handlungsmöglichkeiten, die sich aus einer stärkeren internationalen Vernetzung ergeben, genauer in den Blick genommen werden. Die derzeit erfolgende Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzepts, das allerdings nicht Gegenstand dieses Berichts ist, ist daher von erheblicher Bedeutung für die weitere Internationalisierung der brandenburgischen Wirtschaft.

Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen und Konflikte auf internationaler Ebene gewinnen die grenzüberschreitenden und interregionalen Beziehungen auf kommunaler und regionaler Ebene noch mehr an Bedeutung. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit des Landes Brandenburg mit den polnischen Partnerregionen bekommt dadurch einen zusätzlichen Stellenwert, wenngleich der Regierungswechsel in unserem Nachbarland Polen und der Konflikt mit der EU Fragen nach der zukünftigen Zusammenarbeit auf nationaler, aber auch auf regionaler Ebene aufwirft. Auch die Erneuerung und Intensivierung der Beziehungen zu russischen Regionen, gerade im Verbund mit Partnern im Ostseeraum, findet mehr Beachtung als 2014. Darüber hinaus wird sich die Landesregierung zukünftig auch dem Thema „Humanitäre Hilfe“ in Umsetzung mehrerer LT-Beschlüsse zur Situation von Minderheiten im Nordirak widmen.

Der nachfolgende Bericht folgt der Struktur der Internationalisierungsstrategie aus dem Jahr 2014 und bietet einen Überblick über die bisher umgesetzten Maßnahmen in den drei in dieser Strategie festgelegten Handlungsfeldern (1) Außenkontakte des Landes konzentrieren, (2) Handlungsfähigkeit Brandenburgs in internationalen Arbeitszusammenhängen stärken und (3) Brandenburg international attraktiver machen.

Er zeigt zugleich auf, an welchen Stellen - auch und gerade im Hinblick auf die genannten Entwicklungen - eine Nachjustierung in den jeweiligen Handlungsfeldern erfolgt ist.

Handlungsfeld 1: Außenkontakte des Landes konzentrieren:

Zielrichtung des Handlungsfeldes 1 ist, die Außenkontakte des Landes auf Frieden und Gerechtigkeit auszurichten, die kooperative Nachbarschaft zu Polen sowie die Europäische Integration und die Wahrnehmung der Verantwortung für die „Eine Welt“ auch unter den aktuellen erschwerten Bedingungen beizubehalten und zu verstärken. Unter diesen Vorgaben und im Hinblick darauf, dass sich nicht nur die globale Wettbewerbssituation, sondern vor allem auch die internationale politische Lage in den letzten Jahren deutlich verschärft hat, konzentriert sich die Landesregierung bei der Umsetzung der Internationalisierungsstrategie auf die darin festgelegten Bereiche und setzt darüber hinaus neue Akzente.

1.1 Geographische Ausrichtung: Partnerschaften, Kooperationsräume

1.1.1 Zusammenarbeit mit Polen

Im Jahr 2016 wurde das 25-jährige Bestehen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags gefeiert. Für die vielfältige Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Polen ist es von Vorteil, dass der brandenburgische Ministerpräsident zugleich die Aufgabe des Koordinators der Bundesregierung für die deutsch-polnische zivilgesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit wahrnimmt. Brandenburg leitet gemeinsam mit dem Vize-Wojewoden von Westpommern den Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit (DPRK) und leitet darüber hinaus die Arbeitsgruppe Verkehr. Die bestehenden Partnerschaftsvereinbarungen mit den Wojewodschaften Lebus Land, Westpommern und Großpolen sowie mit der polnischen Hauptstadtregion Masowien hat Brandenburg im Oktober 2016 um die Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Wojewodschaft Niederschlesien ausgebaut. Brandenburg hat im Juni 2017 ein Wirtschafts- und Innovationsforum in Breslau durchgeführt und war zugleich Partnerland für das Sommerfest des deutschen Generalkonsulats. Polen wird zudem seit dem Jahr 2016 schwerpunktmäßig in die Mutterhausstrategie der Wirtschaftsförderung eingebunden, die bereits für andere europäische Ländern erfolgreich war (mehrtägige Reise des Wirtschaftsministers im September 2016 und im Juni 2017 verbunden mit einem Innovationsforum Optik und Sensorik). Die Partnerschaft Polens für die HANNOVER MESSE 2017 wurde umfangreich genutzt, die wirtschaftlichen Kooperationen mit der Hauptstadtregion zu intensivieren.

Im Rahmen der Oder-Partnerschaft, einem informellen interregionalen Netzwerk, arbeitet Brandenburg mit den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie den westpolnischen Wojewodschaften Westpommern, Lebus Land, Großpolen und Niederschlesien projektorientiert vor allem zu den Themen Wirtschaft, Verkehr und Tourismus zusammen. So bringt der „Runde Tisch Verkehr“ unter

Leitung des VBB regelmäßig die AkteurlInnen im Schienenpersonenverkehr zusammen, um Angebote zu koordinieren und Fahrplanabstimmungen zu treffen. Im Mai 2018 fand in Dresden das jüngste Spitzentreffen der Oder-Partnerschaft auf Ebene der Regierungschefs, Wojewoden und Marschälle statt.

Am 22. September 2017 verständigten sich die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre auf verschiedene Elemente der Zusammenarbeit mit Polen:

- Die Präsenz der politischen Ebene aus Brandenburg in Polen soll verstetigt und ausgebaut werden. Die Erfahrungen zeigen, dass bei lokalen und regionalen Akteuren auf polnischer Seite großes Interesse vorhanden ist, die bestehenden Kontakte zu vertiefen. Mit hochrangigen Besuchen soll die Bedeutung der regionalen Kooperation in den Wojewodschaften verdeutlicht werden.
- Ein Austausch von VerwaltungsmitarbeiterInnen auf regionaler wie nationaler Ebene zwischen Brandenburg und Polen wird angestrebt. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, den Zeitraum einer Entsendung entsprechend den Aufgaben und der jeweiligen Abkömmlichkeit der MitarbeiterInnen flexibel zu variieren.
- Die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft soll vertieft werden (z. B. Jugendbegegnungen, Kulturzusammenarbeit, Geschichte). Die Neuausrichtung des Instruments des Partnerschaftsbeauftragten auf die zivilgesellschaftlichen Kontakte in Großpolen sowie ein im Rahmen der Möglichkeiten der Häuser liegenden Einsatz von Zuwendungstiteln und Lottomitteln können diese Strategie in allen Partnerregionen unterstützen.

In Umsetzung des Gemeinsamen Zukunftskonzepts für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum und des gemeinsamen Kabinettsbeschlusses mit Sachsen ist das MdJEV bestrebt, die Verhandlungen für eine gemeinsame INTERREG-A-Fördergebietskulisse für den gesamten deutsch-polnischen Raum entlang von Oder und Neiße fortzusetzen. Dabei sollen wie bisher die regionalpolitischen Interessen der Euroregionen sowie der polnischen Nachbarregionen gewahrt bleiben. Eine institutionelle Stärkung der grenzüberschreitenden Euroregionen wird als sinnvoll angesehen und unterstützt. Die Euroregionen als wichtiger Baustein der INTERREG A Kooperationsprogramme sollten angeregt werden, die - bisher strukturell getrennten - deutschen und polnischen Teile zusammenzuführen, um den Prozess der Zusammenführung des Fördergebiets auch durch formal grenzüberschreitende kommunale Institutionen zu unterstützen.

Die Polizei des Landes Brandenburg unterhält enge Arbeitskontakte nicht nur zu an Brandenburg angrenzende Polizeien der Wojewodschaften Westpommern und Lebuser Land, sondern darüber hinaus auch nach Niederschlesien, Łodz und Masowien. So konnte in den vergangenen 10 Jahren nicht nur die Kriminalität in den Grenzgemeinden zu Polen um etwa 30 % gesenkt werden. Durch die enge Zusammenarbeit im Rahmen von Joint Investigation Teams zwischen dem LKA und dem Zentralen Ermittlungsbüro der polnischen Polizei konnten Banden im Bereich der Kfz- und Solarmodul kriminalität zerschlagen werden. Mit dem im Jahr 2015 in Kraft getretenen deutsch-polnischen Polizeikooperationsvertrag stehen auch im internationalen Vergleich ausgezeichnete rechtliche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit zur Verfügung. Die Durchführung gemeinsamer Streifen und die Unterstützung bei der Durchführung besonderer Einsatzlagen gehören mittlerweile zum polizeilichen Alltagsgeschäft.

Durch die von der Euroregion Viadrina unterstützten fachlichen und sprachlichen Ausbildungen "Im Tandem gegen die Grenzkriminalität" konnten in den vergangenen 10 Jahren über 300 deutsche und polnische Polizeibeamte geschult werden. Die vom Polizeipräsidenten des Landes Brandenburg und vom Wojewodschaftskommandanten der Polizei Lebuser Land jährlich durchgeführte Grenzkonferenz ist eine herausragende Veranstaltung für deutsche und polnische Sicherheitsbehörden im Grenzgebiet, bei der die laufende Zusammenarbeit ausgewertet und neue strategische Ziele erarbeitet werden.

Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Świecko hat sich zu einer wesentlichen Schnittstelle im grenzüberschreitenden Polizeiinformationsaustausch entwickelt und konnte in den vergangenen 10 Jahren über 200.000 Sachverhalte bearbeiten.

Auf Empfehlung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission haben die Vertreter der Innenministerien und der Landesfeuerwehrschulen der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen zusammen mit ihren polnischen Partnern aus den Wojewodschaftskommandanturen der Staatlichen Feuerwehr im Lebuser Land, Westpommern und Niederschlesien im Juni 2015 eine Arbeitsgruppe gegründet, die ein gemeinsames Papier zur Verbesserung der Durchführung bilateraler Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im deutsch-polnischen Grenzraum erarbeiten soll. Das Dokument soll eine Orientierung für Hilfsmannschaften bieten, die im deutsch-polnischen Grenzraum gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen leisten. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe finden abwechselnd in Deutschland und Polen statt.

Am 28.02.2017 fand die erste Sitzung der Gemeinsamen Kommission nach Art. 10 des deutsch-polnischen Rahmenabkommens über den grenzüberschreitenden Rettungsdienst in Berlin statt. Die Gemeinsame Kommission hat u. a. zur Aufgabe, die Umsetzung des Rahmenabkommens zu begleiten. Die Beteiligten äußerten Interesse, sich stärker zu praxisnahen Themen wie Einsatzleitsystemen mit Landkartendaten zur Nutzung durch die MitarbeiterInnen der Leitstellen und Sprachkenntnissen auszutauschen. Die zu diesen Bereichen erhobenen Daten aus Deutschland und Polen sollen bei der kommenden Sitzung der Gemeinsamen Kommission und der durch das Bundesgesundheitsministerium im Jahr 2018 geplanten Rettungsdienstakademie präsentiert und diskutiert sowie daraus mögliche Maßnahmen abgeleitet werden. Parallel dazu finden Gespräche mit der polnischen Seite über den Entwurf einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung zum grenzüberschreitenden Rettungsdienst statt.

Die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH nutzte im Jahr 2017 Outdoorkampagnen in Breslau und Poznań, Kampagnen wie „Winterliches Brandenburg“, Bloggerprojekte und eine Facebook Seite sowie eine Medienkooperation mit Kurier Szczecinki, um das Land Brandenburg als Tourismusziel stärker bekannt zu machen. Nach erfolgter Ausschreibung hat Schloss Trebnitz e.V. als Partnerschaftsbeauftragter (PSB) in Großpolen im Jahr 2016 die Arbeit aufgenommen. Nach einer Evaluierung ist die Arbeit des PSB stärker auf die zivilgesellschaftliche Ebene ausgerichtet worden. Im November 2016 wurde ein Brandenburgisch-Großpolnischer Beirat für die Arbeit des PSB unter Einbeziehung des Marschalls von Großpolen und der Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz, sowie der Staatskanzlei, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, des Ministeriums für Jugend, Bildung und Sport, des Landtags und der Landeszentrale für politische Bildung gegründet. Ein jährlich stattfindendes „Forum Zivilgesellschaft“ dient der Vertiefung des Dialogs zwischen den brandenburgischen und großpolnischen Partnern, dem Erfahrungs- und Informationsaustausch und der Weiterentwicklung von Kooperationsprojekten im Bereich der Zivilgesellschaft und Kultur. Es fand erstmalig im Dezember 2016 statt. Im Januar 2017 wurde ein lokales PSB-Büro in Poznań eröffnet.

In der Förderperiode 2014-2020 hat Brandenburg die Funktion der Verwaltungsbehörde für das Kooperationsprogramm INTERREG V A Brandenburg - Polen (Lebuser Land/Lubuskie) von Polen übernommen und ist weiterhin Landeskoordinator für das Kooperationsprogramm Mecklenburg-Vorpommern – Brandenburg – Polen (Westpommern). Die Kooperationsprogramme INTERREG V A Mecklenburg-Vorpommern – Brandenburg – Polen (Westpommern) und das INTERREG V A Kooperationsprogramm Brandenburg - Polen (Lebuser Land/ Lubuskie) wurden im Herbst.2015 von der EU-Kommission genehmigt. Noch 2015 wurde im Rahmen des INTERREG V A Kooperationsprogramms Brandenburg - Polen (Lebuser Land/Lubuskie) in Frankfurt (Oder) ein Gemeinsames Sekretariat mit fünf MitarbeiterInnen

nen eingerichtet, das die Verwaltungsbehörde bei der ordnungsgemäßen Durchführung des Programms unterstützt.

Seit der Konstituierung im Dezember 2015 tagte der Programm-Begleitausschuss für das Kooperationsprogramm Lubuskie zehn Mal und genehmigte zunächst die Förderung der Schirmprojekte für den Klein-Projekte-Fonds (KPF) mit einem Fördervolumen von rund 16 Millionen Euro, sechs Straßenbauprojekte (Prioritätsachse II) mit einem Gesamtfördervolumen (EFRE-Mittel) in Höhe von rund 17,2 Millionen Euro, 15 weitere Projekte aus dem Schwerpunkt Integration der Bevölkerung und Zusammenarbeit der Verwaltungen (Prioritätsachse IV) mit einem Gesamtfördervolumen in Höhe von rund 8 Millionen Euro, 9 Natur- und Kulturprojekte (Prioritätsachse I) mit einem Volumen von 22,5 Millionen Euro und acht Bildungsprojekte (Prioritätsachse III) mit einem Gesamtfördervolumen von über 8,5 Millionen Euro.

Für das INTERREG V A Kooperationsprogramm Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Polen 2014-2020 ist das Land Brandenburg Landeskoordinator. Es werden dieselben Investitionsprioritäten wie im Kooperationsprogramm INTERREG V A Brandenburg-Polen 2014-2020 gefördert. Mit dem letzten Begleitausschuss vom 16. und 17. Mai 2018 in Kolobrzeg sind bislang insgesamt ca. zwei Drittel des Gesamtfördermittelbudgets des Kooperationsprogramms für Projektförderungen gebunden worden. Von den damit 63,46 Mio. €, konnte Brandenburg ca. 11,5 Mio. € für Projektträger des Landes einwerben.

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist ein zentraler Teil des deutsch-polnischen Verflechtungsraums, zusammen mit den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie den Wojewodschaften Westpommern, Lebusier Land, Großpolen und Niederschlesien. Der kontinuierlich wachsende gegenseitige Einfluss in diesem Gebiet erfordert ständig verbesserte alltägliche Zusammenarbeit sowie Konzepte für eine abgestimmte langfristige räumliche Entwicklung. Dafür haben die genannten Länder und Wojewodschaften zusammen mit den für Raumordnung zuständigen nationalen Ministerien im Raumordnungsausschuss der DPRK ein „Gemeinsames Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum 2030“ entwickelt. Das Konzept formuliert strukturelle Visionen und Leitlinien und zeigt die großräumig verteilten Potenziale der Regionen im gesamten deutsch-polnischen Verflechtungsraum auf. Themen sind besonders die Siedlungsentwicklung, die Verkehrsverbindungen, die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die interkulturelle Kompetenz, die Zusammenarbeit der Hochschulen sowie die Energiesicherheit und die Erhaltung einer hohen Lebensqualität in diesem gemeinsamen Raum.

Im Personennahverkehr auf der Schiene wurden die Verbindungen in die benachbarten Metropolen und Oberzentren gestärkt und Stettin (Szczecin), Landsberg an der Warthe (Gorzów), Grünberg (Zielona Góra), Sorau (Żary)/Sagan (Żagań) und Breslau (Wrocław) im Fahrplanjahr 2016 im Direktverkehr mit der Hauptstadtregion verbunden. Auf Einladung des Ministerpräsidenten und Polen-Koordinators sowie seines polnischen Pendanten finden seit 2015 Deutsch-Polnische Bahngipfel in Deutschland (2015, 2018: Potsdam) und Polen (2016: Stettin) statt, an denen Vertreter der für Schienenverkehr zuständigen Ministerien beider Seiten sowie Vertreter der Bahngesellschaften auf höchster Ebene teilnehmen. Die Gipfel haben bereits konkrete Verbesserungen wie etwa die Weiterführung des erfolgreichen „Kulturzuges“ zwischen Berlin und Breslau gebracht. Gleichzeitig wurden Initiativen für eine leistungsfähige Eisenbahninfrastruktur und attraktive Angebote im Personenfernverkehr ergriffen. Brandenburg hat die Aufnahme des Ausbaus der Schienenverkehrsverbindung zwischen Angermünde und Stettin als vorrangigen Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan durchgesetzt sowie den Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke zwischen Lübbenau/Lubnjow Cottbus/Chósebusz und Görlitz planerisch vorangetrieben. Gleichzeitig wurde mit dem „Kulturzug“ der Beweis erbracht, dass bereits heute die rege Nachfrage nach Verkehr zwischen den Metropolenräumen Berlin und Breslau weitere Bahnangebote ermöglichen könnte.

In der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung (DPWS), deren Geschäftsstelle ihren Sitz in Frankfurt (Oder) hat, sind der Ministerpräsident in seiner Funktion als Koordinator der Bundesregierung (KoPOL), die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, sowie die Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz als Kuratoriumsmitglieder tätig.

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) arbeitet mit dem Polnischen Geologischen Institut (PGI) zusammen, das Regionalstellen in Stettin und Breslau unterhält, die bei grenzübergreifenden Kartierungen des geologischen Untergrundes zusammenarbeiten. Darüber hinaus gibt es Berührungspunkte mit Aufgaben der Zentrale in Warschau, die sich u. a. speziell auf den Abgleich geologischer Untergrunddaten im Grenzgebiet, so z. B. auf die 3D-Darstellung tieferer geologischer Horizonte beziehen. Das LBGR hat bereits mehrere Geologische Karten i. M. 1: 50 000 gemeinsam mit Polen erarbeitet; sie sind zusammen mit einem Erläuterungstext auch in deutscher und polnischer Sprache erschienen.

Jährlich findet seit 14 Jahren mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft und Energie eine deutsch-polnische Konferenz zu grenzübergreifenden Energiefragen an der Staatlichen Fachhochschule (Państwowa Wyższa Szkoła Zawodowa) in Sulechów statt.

Neben der Zusammenarbeit in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission (DPRK, vgl. oben) sei zudem auf die fachpolitische Mitwirkung des Brandenburgischen Umweltministers im „Deutsch-Polnischen Umweltrat“ sowie die fachliche Mitarbeit in den Gremien und Arbeitsgruppen der „Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigungen“ (IKSO), der „Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe“ (EKSE) und der „Deutsch-Polnischen Grenzgewässerkommission“ hingewiesen. Diese Deutsch-Polnischen Gremien werden jeweils von den nationalen Ministerien geleitet. Bei der letzten Sitzung des Deutsch-Polnischen Umweltrats im Oktober 2016 in Warschau wurde u.a. der Beschluss zur Wiederaufnahme der Tätigkeit des „Deutsch-Polnischen Programmrats für das grenzüberschreitende Gebiet im Unteren Odertal“ unterzeichnet.

Das MLUL verabredete darüber hinaus, die vorgenannte grenzüberschreitende Facharbeit ergänzendes, regionales Arbeitsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019 mit Umwelt- und Agrarverwaltungen aus den Wojewodschaften Westpommern, Lebusen Land und Großpolen, das jährlich mit konkreten Maßnahmen zu den Themen technischer Umweltschutz, Natur- und Artenschutz, Umweltbildung und Agrarwirtschaft untersetzt wird. In diese langjährige regionale Kooperation bezieht das MLUL seit 2017 das Marschallamt Niederschlesien projektbezogen ein.

Die Maßnahmenpläne 2015/2016/2017 - konnten erfolgreich umgesetzt werden. Diese enthielten neben Maßnahmen der Verwaltungen aber auch Projekte von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), die im Land Brandenburg und in den polnischen Regionen durchgeführt wurden.

Die Ständige Deutsch-Polnische Grenzkommission wurde gemäß Artikel 5 des am 16. September 2004 in Warschau unterzeichneten Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen eingerichtet. Ihr obliegt die Vermarkung und Instandhaltung der gemeinsamen Grenze auf den Festlandabschnitten sowie den Grenzgewässern. In bisher fünf gemeinsamen Sitzungen wurden die Verfahren der Überprüfung der Grenze und deren Dokumentation in einem neuen Grenzurkundenwerk abgestimmt. Aktuell werden die Vermessungen durchgeführt sowie die alten Grenzzeichen sowie die Grenzmarkierungssäulen erneuert. Die Federführung liegt beim Auswärtigen Amt und dem Bundesinnenministerium, die vermessungsrechtlichen und -technischen Verfahren bei den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Brandenburg ist durch Fachexperten des MIK und der LGB vertreten. Die 6. Sitzung der Ständigen Deutsch-Polnischen Grenzkommission wird im Herbst 2019 in Brandenburg stattfinden.

Im Bereich Verbraucherschutz, auf dem Gebiet des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung arbeitet das MdJEV mit polnischen und lettischen Veterinärbehörden zusammen. Die Verbraucherzentrale Brandenburg realisiert derzeit zusammen mit der polnischen Federacja Konsumentów und dem Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz ein von der EU-Kommission (GD Justiz) gefördertes Projekt zur Vollstreckung von Urteilen im Rahmen von grenzüberschreitenden Verbraucherstreitigkeiten. Im Rahmen des Projekts ist vorgesehen, in einer engen Zusammenarbeit zwischen Verbraucherschutzorganisationen, der Wissenschaft und Praktikern (RichterInnen, RechtspflegerInnen, AnwältInnen) eine rechtliche (rechtsvergleichende) Analyse durchzuführen, Hindernisse im Vollzug zu ermitteln und praktische Hilfen für VerbraucherInnen und Lösungsansätze für RichterInnen, RechtspflegerInnen, VerbraucherberaterInnen und AnwältInnen zu erstellen. Das Projekt ist im Deutsch-Polnischen Verbraucherinformationszentrum in Frankfurt (Oder) angesiedelt und läuft vom 1. Dezember 2016 bis zum 30. November 2018. Ergebnis des Projektes soll ein dreisprachiges Handbuch für Rechtsanwender sein.

Ferner wurde die brandenburgische Arbeitsgruppe Wirtschaft für die Zusammenarbeit mit Polen neu konstituiert, an der die Kammern, regionale Wirtschaftsfördergesellschaften, die Wirtschaftsförderung Brandenburg, WFBB (ehemals ZAB), sowie die Tourismus Marketing Brandenburg GmbH (TMB) beteiligt sind. Im Juni 2018 reiste der Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft und Energie nach Polen. Stationen der zweitägigen Reise (am 13./14. Juni 2018) in die Woiwodschaft Niederschlesien sind neben Breslau Bielany Wrocławskie und Lubsko. Höhepunkt des diesjährigen Besuches ist das "Innovation Forum Media: Lower Silesia meets Babelsberg". Dieses Forum ist eine Veranstaltung des Brandenburger Wirtschaftsministeriums in Kooperation und unter Schirmherrschaft des Marschallamts der Woiwodschaft Niederschlesien mit Unterstützung des Audiovisual Technology Center CeTA.

Es gibt eine regelmäßige Teilnahme verschiedener Institutionen des Landes (z.B. MBSJ und MdF) an der Bildungsmesse in Posen, um Nachwuchskräfte über Ausbildungsmöglichkeiten im Land Brandenburg zu informieren. Die bestehenden Kontakte von den brandenburgischen Partnern (Ministerien / Hochschulen) werden weitergeführt.

Die Finanzverwaltung des Landes Brandenburg ist bundesweit zentral unter anderem für polnische Unternehmen hinsichtlich der Umsatzbesteuerung sowie bei polnischen Bauunternehmen für die Ertragsbesteuerung einschließlich der Ertragsbesteuerung der polnischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zuständig. Damit ist die Finanzverwaltung des Landes Brandenburg ein zentraler Ansprechpartner für polnische Unternehmen. Bereits heute nutzt die Finanzverwaltung die bestehenden Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit intensiv, insbesondere im Bereich des Informations-

austauschs einschließlich der Durchführung gemeinsamer Außenprüfungen (joint audits). Bereits im Jahr 2015 wurden Anstrengungen unternommen, den Informationsaustausch im Bereich der Ertragssteuern durch direkte Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden „vor Ort“ (ohne Zwischenschaltung von Bundesbehörden in Deutschland bzw. des polnischen Finanzministeriums) zu vereinfachen.

Neben der offiziellen Zusammenarbeit in konkreten Einzelfällen strebt die Finanzverwaltung eine informelle Zusammenarbeit mit der polnischen Steuerverwaltung und ggf. mit polnischen Steuerberatern und -beraterinnen und Unternehmen an. Ziel dieser Zusammenarbeit ist der Austausch steuerrechtlichen Fachwissens und von Informationen über Organisation und Arbeitsweise. Hierzu wurden erste Kontakte zur Europa-Universität Viadrina/dem Institute for Central and East European Taxation, I CEE TAX¹, hergestellt als Partner für die Durchführung entsprechender Fachveranstaltungen.

Bereits seit 2003 besteht zwischen der zum Geschäftsbereich des MdF gehörenden Fachhochschule für Finanzen und der Państwowa Wyższa Szkoła Zawodowa w Tarnowie (staatliche Fachhochschule in Tarnów, Polen) eine Kooperationsvereinbarung, in deren Mittelpunkt die Durchführung jährlicher Steuerrechtsseminare mit Studierenden und DozentInnen aus beiden Ländern steht. 2015 wurde die Kooperation um die Verpflichtung der Fachhochschule für Finanzen erweitert, die Hochschule in Tarnów bei der Entwicklung der Lehrpläne Masterstudiengang mit den Schwerpunkten öffentliche Finanzwirtschaft, Deutsches Steuerrecht und Deutsch als Fremdsprache zu unterstützen und den Studierenden die Absolvierung des Pflichtpraktikums in einem deutschen Finanzamt anzubieten.

Im Arbeitsschutz finden regelmäßig wechselseitig organisierte Erfahrungsaustausche der Arbeitsschutzbehörden mit dem Hauptarbeitsinspektorat in Warschau über Aufsichtsstrategien und angewandte Vollzugsinstrumente sowie themenspezifische Aktionen (z.B. Gefahrguttransporte, Baustellensicherheit) statt. Seit 2012 finden alle 2 Jahre deutsch-polnische Arbeitsschutzdialoge statt, bei denen ein besonderer Schwerpunkt die Vermeidung von Gesundheitsschäden beim Umgang und der Beseitigung von Asbest ist.

Im Bereich Gesundheit bestehen zahlreiche Kontakte, Kooperationen oder Projekte im Rahmen der Selbstverwaltung auf örtlicher Ebene zu Themen und Aktivitäten in der Gesundheitsversorgung zwischen brandenburgischen und polnischen Partnerinnen und Partnern. Beispielhaft seien hier das seit 2001 laufende Projekt „Telemedizin“ in der Euroregion Pomerania, die Zusammenarbeit in der klini-

¹ https://www.europa-uni.de/de/forschung/institut/institut_ceetax/Ueber_uns/index.html

schen Krebsregistrierung zwischen dem Klinikum in Bad Saarow und dem Wojewodschafts-krankenhaus in Zielona Góra oder das anlaufende INTERREG-Projekt des Krankenhauses Märkisch-Oderland und des Krankenhauses in Gorzów Wielkopolski zur Verbesserung der Qualität der gynäkologischen Versorgung durch Wissens- und Erfahrungsaustausch genannt. Das MASGF bringt sich bei Bedarf flankierend ein.

Die Förderung des europäischen zivilgesellschaftlichen Dialoges ist Ziel der Stiftung Genshagen. Zunächst auf den europäischen Nachbarn Frankreich ausgerichtet, findet dieser zunehmend trilateral unter Einbeziehung von Polen im Sinne der Wiederbelebung des „Weimarer Dreiecks“, das durch das Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens im Jahr 1991 als institutionalisierter Austausch auf Regierungsebene ins Leben gerufen wurde, statt. Das Land Brandenburg ist dabei im Kuratorium durch den Ministerpräsidenten und durch die Staatssekretärin des MdJEV vertreten.

Im Bereich des Schüler- und Jugendaustauschs mit Polen nimmt Brandenburg unter allen Bundesländern einen Spitzenplatz ein. Dies ist u.a. auch der engen Kooperation mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk (DPJW) zu verdanken. Nachdem Brandenburg schon seit vielen Jahren eine DPJW-Zentralstelle für den außerschulischen Austausch hatte, wurde 2017 auch eine DPJW-Zentralstelle für den schulischen Austausch – angesiedelt bei der Euroregion Spree-Neiße-Bober – eröffnet. Darüber hinaus hat sich Brandenburg mehrfach über einen Entschließungsantrag im Bundesrat dafür stark gemacht, dass die Mittel des DPJW als Eckpfeiler der deutsch-polnischen Verständigung aufgestockt werden². 2016 hat die deutsche Seite ihren Beitrag von fünf auf sechs Millionen Euro erhöht.

Die über Landesmittel der Stiftung für das sorbische Volk mitgeförderte Schule für niedersorbische Sprache und Kultur/Šula za dolnoserbšku rěc a kulturu organisiert regelmäßig grenzüberschreitende sorbisch/wendisch-polnisch-deutsche Projekte, polnische Sprachkurse und bezieht auch explizit Minderheiten in Deutschland (Sorben/Wenden) und Polen (Kaschuben, Łemken) mit ein. Sie leistet damit einen thematisch besonderen Beitrag zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Niederlausitz.

1.1.2 Weitere Annäherung des Landes an den Ostseeraum

Die von der Landesregierung angestrebte Annäherung an die Ostseeregion wird konsequent verfolgt. Brandenburgs Interesse am Ostseeraum richtet sich zum einen auf Fachthemen wie Innovation, Wis-

² Bundesrats-Drucksache 313/16 (Beschluss), http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2016/0301-0400/313-16%28B%29.pdf?__blob=publicationFile&v=2

senschaftskooperation, Entwicklungskorridore und demografischen Wandel, zum anderen aber auch auf einen politischen Wertedialog (zu sozialem Zusammenhalt, Modernität und Innovation) im europäischen Rahmen und einen (inter-) kulturellen Austausch. Hinzu kommen ähnliche kulturelle, politische und historische Wurzeln und die Funktion der Ostsee als wichtigem Bindeglied zwischen Ost und West, insbesondere zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation. Zu diesen Themen tauscht sich Brandenburg mit den an der EU-Strategie für den Ostseeraum beteiligten norddeutschen Ländern und dem Auswärtigen Amt und anderen Bundesressorts eng und vertrauensvoll aus.

Brandenburg arbeitet inzwischen eng mit den wichtigsten Gremien der Ostseekooperation zusammen. Dazu gehören die verschiedenen Arbeitsgruppen der EU-Ostseestrategie (EU Strategy for the Baltic Sea Region, EUSBSR), das Sekretariat und der Ausschuss Hoher Beamter des Ostseerates (Council of the Baltic Sea States, CBSS). Brandenburg hat auf Wunsch des Auswärtigen Amtes die Funktion des Ansprechpartners (focal point) für den horizontalen Bereich „Nachbarn“ der EU-Ostseestrategie übernommen, der von CBSS und der finnischen Stadt Turku koordiniert wird. Brandenburg nimmt regelmäßig an den Jahresforen der EU-Ostseestrategie teil. Am Jahresforum 2017 der EU-Ostseestrategie, das im Juni 2017 unter dem Motto „Connectivity“ in Berlin von dem Auswärtigen Amt ausgerichtet wurde, hat sich Brandenburg insbesondere zu den Themen TEN-V, Belarus und Innovation intensiv beteiligt. Mehrere transnationale Interreg-BSR-Projekte, an denen AkteurInnen aus Brandenburg beteiligt sind, haben von politischen KoordinatorInnen bestimmter Bereiche der Ostseestrategie den Status eines Flaggschiffes erhalten, d. h. sie leisten einen besonderen Beitrag zur Umsetzung der Strategie.

Im Jahr 2017 hat Brandenburg auch formal den früher von Hamburg innegehabten Sitz im Board der Baltic Sea States Sub-regional Cooperation (BSSSC) übernommen und arbeitet projektbezogen mit der Baltic Sea Commission (BSC), die eine Unterkommission der Conference of Peripheral and Maritime Regions (CPMR) darstellt, zusammen. Brandenburg hat zudem die Jahreskonferenz der BSSSC mit fast 200 TeilnehmerInnen aus allen Ostsee-Anrainerstaaten am 20.-22. September 2017 in Potsdam ausgerichtet. Die Konferenz stellte unter dem Motto „Cohesion = Togetherness“ den Aspekt der Zusammengehörigkeit und die Notwendigkeit, wieder Vertrauen zu schaffen innerhalb unserer Gesellschaften und zwischen den Völkern und Regionen, in den Vordergrund. Die Kohäsionspolitik im Allgemeinen und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) im Besonderen sind dabei wichtige Instrumente, aber auch Kultur und Jugendzusammenarbeit. Das Thema Zusammengehörigkeit zog sich auch durch die fachlichen Workshops zu Kultur, Innovation, Verkehr und Nachhaltigkeit. Es wurde sehr deutlich, dass insbesondere Begegnungen für die Zivilgesellschaft, die Jugend und auf dem Gebiet der Kultur wesentlich zur Zusammengehörigkeit beitragen und stärker genutzt werden sollten. Im Rahmen

der Konferenz haben sich auch die Jugendlichen, die an dem BSSSC Jugendtreffen in Schloss Trebnitz teilgenommen hatten, aktiv und fundiert in die Diskussion eingebracht. Themen waren neben Nachhaltigkeit und Mitbestimmung auch bessere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit. So wurde von den Jugendlichen u.a. die Einrichtung eines Jugendwerks für den Ostseeraum angeregt³.

Brandenburg nutzt die Ostseekooperation auch zur Einflussnahme auf die EU-Politik. So hat Brandenburg den Vorsitz in einer von BSSSC gebildeten ad hoc Arbeitsgruppe zum Thema Kohäsionspolitik übernommen. Diese hat ein Positionspapier erarbeitet, das wichtige Forderungen der deutschen Länder aufgreift und nun in den europäischen Entscheidungsprozess einfließt.

Diese institutionelle Kooperation ist durch ein Netz von bi- und multilateralen Projekten unteretzt. Eines der ältesten und nachhaltigsten Projekte der Zusammenarbeit unter Beteiligung der Ostseeregion stellt seit 2006 die Zusammenarbeit im Ostsee-Adria Entwicklungskorridor (Scandria®-Korridor) dar. Unter Federführung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (GL, MIL) mit 18 weiteren Partnern aus Deutschland, Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen startete 2016 das Scandria®2Act-Projekt, um gemeinsam den multimodalen Verkehr weiterzuentwickeln und so die Konnektivität und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu erhöhen sowie die Umweltauswirkungen zu reduzieren. Als „Flagship-Projekt“ trägt Scandria®2Act zur Umsetzung der Ostseestrategie durch die Stärkung des schienengebundenen und multimodalen Güter- und Personenverkehrs, der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und Technologien im Verkehrssektor, der Mobilisierung von TEN-V Projektanträgen Dritter und der Entstehung einer transnationalen Allianz im Scandria®-Korridor für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Transportsektor und bei der Raumentwicklung bei.

Unter anderem durch die Aktivitäten in Verbindung mit dem aus der Auszeichnung zur Europäischen Unternehmerregion (EER) 2011 hervorgegangenen EER-Netzwerk hat sich Brandenburg im skandinavischen Raum als ein interessantes Partnerland etablieren können. Insbesondere mit der finnischen Hauptstadt-Region Helsinki-Uusimaa (EER 2012) sind engere Beziehungen entstanden. Das betrifft z.B. das von der Region Helsinki-Uusimaa in enger Zusammenarbeit mit Brandenburg initiierte EU-Projekt "Boosting innovative Entrepreneurial Ecosystems in Regions for young entrepreneurs (iEER)"⁴, an dem die Technische Hochschule Brandenburg und weitere als European Entrepreneurial Regions ausgezeichnete Regionen beteiligt sind (Laufzeit 2016-2020).

³ Die Konferenzresolution, die Ergebnisse des Jugendtreffens und weitere Konferenzunterlagen (z.B. Präsentationen) sind über die BSSSC Website (www.bsssc.com) abrufbar.

⁴ <http://www.interreurope.eu/ieer/>

Diese Kontakte konnten auch für im Rahmen der Erarbeitung einer vergleichenden Potenzialanalyse des Wissenschaftsparks Potsdam-Golm mit skandinavischen Innovationsstandorten genutzt werden und sollen nun im Rahmen eines transnationalen EU-Projekts (INTERREG Ostseeregion) verfestigt und ausgebaut werden. An dem im Juni 2017 genehmigten Projekt mit dem Titel „Improving smart specialisation implementation of the Baltic Sea Region through orchestrating innovation hubs“ (Smart-up BSR) sind neben dem finnischen Lead Partner (South-Eastern Finland University of Applied Sciences – Xamk) Partner aus regionalen und nationalen Organisationen sowie Wissenschaftseinrichtungen aus Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und Schweden (Skåne) beteiligt.

Auf der Basis des Konzepts zur Weiterentwicklung des Instruments der Partnerschaftsbeauftragten in 2016 und den Folgejahren ist Ende Oktober 2017 auch ein Partnerschaftsbeauftragter im Ostseeraum installiert worden (Fa. BearingPoint GmbH).

Ferner eröffnet die Kooperation im Ostseeraum zusätzliche Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Kontaktpflege mit Partnern in Russland. Sie trägt damit zugleich zur Umsetzung eines weiteren, in der Strategie definierten Zieles bei. Nicht trotz, sondern *wegen* der weiterhin angespannten politischen Lage kommt der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation auf der regionalen Ebene - unter Berücksichtigung allgemein- und fachpolitischer Interessen - heute größere Bedeutung zu als bei der Verabschiedung der Internationalisierungsstrategie. So hat Brandenburg im April 2016 als Partnerland an der Deutschen Woche in St. Petersburg teilgenommen und die dortige Bevölkerung über das Land in mehr als zwanzig Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen und Politikbereichen, vor allem aber zum Bereich Wissenschaft und Kultur, informiert sowie Gelegenheit zum direkten Gespräch und Erfahrungsaustausch gegeben. In der Folge sind der Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Landtags und eine Unternehmerdelegation im Juni 2017 nach St. Petersburg und im Anschluss die Unternehmerdelegation weiter in die Region Kursk gereist. Im Rahmen der Grünen Woche 2017, des EUSBSR-Jahresforums im Juni 2017 in Berlin und während der BSSSC-Jahrestagung in Potsdam wurden die Kontakte zur Kaliningrader Oblast wieder aufgenommen. Für den Sommer 2018 ist eine Reise des Ministers der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz nach Kaliningrad geplant.

1.2 Fachspezifische Netzwerke, Kooperationen und Kontakte

Das Ziel, die Außenkontakte systematischer als bisher in den Zusammenhang fachpolitischer, ggf. ressortübergreifender Prioritäten zu stellen und aus ihnen heraus zu entwickeln, wird auch außerhalb der beiden prioritären Kooperationsräume Polen und Ostseeregion verfolgt.

Hervorzuheben ist insoweit der Beitritt des MIL zum Netzwerk PURPLE (Peri-Urban Regions Platform Europe) und - im Rahmen dieses Netzwerks - eine Präsentation des Stadt-Umland-Wettbewerbes in Brüssel. Darüber hinaus werden unter Federführung des MIL vor dem Hintergrund der neu beschlossenen nachhaltigen UN-Entwicklungsziele, der globalen Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich von Klima und Energie, der Zielstellungen der EU und der landespolitischen Vorgaben des Koalitionsvertrags Projekte entwickelt, die die vorgenannten Zielstellungen aufnehmen, sie verzahnen und möglicherweise in überschaubarem Zeitraum einen messbaren Erfolg generieren.

Das MLUL setzt seine internationalen fachbezogenen Aktivitäten fort (u.a. Teilnahme brandenburgischer Biosphärenreservate als Teil der deutschen Delegation am Vierten Weltkongress UNESCO-Biosphärenreservate in Lima (03/2016) / Zusammenarbeit zum UNESCO Weltnaturerbe „Alte Buchenwälder“). Die internationalen Netzwerke der brandenburgischen Naturlandschaften u.a. im Rahmen von EUROPARC Federation werden weitergeführt. Der Nationalpark Unteres Odertal hat seine seit 2015 bestehende Kooperation mit dem Banhine Nationalpark in Mosambik dank einer finanziellen Unterstützung aus dem Bund-Länder-Programm zur Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2017 intensivieren können.

Darüber hinaus wurde im Oktober 2017 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Biosphärenreservat Indawgyi-See/Myanmar und den brandenburgischen Biosphärenreservaten unterzeichnet.

MIL/GL hat seine Mitarbeit in den TEN-V-Korridor-Foren des Scandinavian-Mediterranean Corridor (Scan-Med) sowie auch der transeuropäischen Verkehrskorridore Orient-East Med (OEM) und North-Sea Baltic (NSB) verstetigt.

In den vergangenen Jahren sind die Kontakte in die west- und nordeuropäischen Staaten (insbesondere Frankreich, Niederlande, Österreich, Tschechien und die Schweiz) und nach Israel, aber auch in die USA, nach Kanada, Südafrika und insbesondere in die Partnerschaftsprovinz Saitama, Japan, in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultur- und umweltpolitischer Hinsicht und in anderen fachspezifischen Zusammenhängen intensiviert worden. In diesem Rahmen bieten sich auch neue ressortbezogene Ansatzpunkte für die Neubelebung der Partnerschaft zu der französischen Hauptstadtregion Ile-de France.

Die Zusammenarbeit auch mit anderen Regionen der Russischen Föderation und mit anderen Staaten und Regionen Mittel- und Osteuropas wird fortgesetzt und auf Landes- sowie ggf. kommunaler Ebene

ausgebaut. Beispiele hierfür sind die Zusammenarbeit des Kreises Oder-Spree mit der Oblast Kursk. Der stellvertretende Ministerpräsident reiste im November 2017 nach Moskau, um an einer Konferenz zu Fragen der Geowissenschaft in der Deutschen Botschaft teilzunehmen und weitere Gesprächen mit der Regierungsvertretern der Russischen Föderation und der Region Moskau zu führen. Ende Januar 2018 reiste der Ministerpräsident zu politischen und wirtschaftlichen Gesprächen nach Moskau. Dabei ging es insbesondere um eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit mit der Oblast Moskau.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Hochschulkooperationen sowie eine Kooperation des MBS mit dem Instituto Cervantes, durch die für Spanisch lernende Schülerinnen und Schüler an Brandenburger Schulen die Möglichkeit besteht, an den Prüfungen zum Erwerb von DELE-Sprachzertifikaten⁵ teilzunehmen. Durch Besuche mehrerer Delegationen aus Eskilstuna und der Provinz Södermanlands Län und einem brandenburgischen Gegenbesuch im Herbst 2017 hat sich ein kontinuierlicher Austausch zu Fragen der Arbeitsmarktintegration insbesondere von Zuwanderinnen/Zuwanderern und Langzeitarbeitslosen zwischen Brandenburg und Mittelschweden entwickelt. Die nächste Runde soll im Spätsommer 2018 in Brandenburg stattfinden.

Auf der Basis des Konzepts zur Weiterentwicklung des Instruments der Partnerschaftsbeauftragten wurde die Firma ManCom GmbH erneut als Partnerschaftsbeauftragte (PSB) für die Region Centru/Rumänien für die Jahre 2016 bis 2018 beauftragt. Die Arbeit des PSB liegt schwerpunktmäßig auf der Kontaktpflege in die Partnerregion, der weiteren Ausbildung, Bildung und Pflege eines Netzwerkes und der Initiierung und Unterstützung bilateraler Kooperationsprojekte. Im Rahmen dieser Partnerschaft beteiligte sich MWFK 2017 erstmals am Proetnica-Festival in Sighișoara/Segesvár/Schäßburg.

Neben der Zusammenarbeit mit Polen ist ein zukünftiger Austausch mit der griechischen Finanzverwaltung geplant.

Dazu weilte im April 2017 eine Delegation des griechischen Finanzministeriums, vertreten durch die dortige Finanzstaatssekretärin im MdF. Es wurden Fachgespräche zu finanz- und steuerpolitischen Themen geführt. Von besonderem Interesse für die Fachkolleginnen und –kollegen des griechischen

⁵ Die Diplomas de Español como Lengua Extranjera (DELE) sind offizielle Zertifikate zum Nachweis spanischer Sprachkenntnisse, die das Instituto Cervantes im Namen des spanischen Ministeriums für Bildung vergibt, und die den Zugang zum Studium an einer spanischen oder lateinamerikanischen Hochschule erleichtern bzw. hilfreich zur Erlangung von Stipendien und Praktikumsplätzen sind.

Finanzministeriums war der Austausch zur Qualifizierung von Steuerfachkräften und zu Unterstützungsmöglichkeiten bei der Errichtung einer Steuerakademie in Griechenland.

Im November des gleichen Jahres konnten sich Mitarbeiterinnen des MdF unter Leitung der Finanzstaatssekretärin in Athen über die dortigen finanz- und steuerpolitischen Sachverhalte informieren. Wesentlicher Bestandteil der Gespräche waren der Stand der Errichtung einer Steuerakademie in Griechenland sowie die geplante Ausbildungskooperation mit der Finanzfachhochschule in Königs Wusterhausen.

Der gemeinsame Austausch zu aktuellen finanz- und steuerpolitischen Sachverhalten, insbesondere zur weiteren Zusammenarbeit und Unterstützung bei der Qualifizierung von Steuerfachpersonal soll in diesem Jahr und zukünftig fortgeführt werden. Ziel ist der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur konzeptionellen und inhaltlichen Unterstützung der zukünftigen Steuerakademie Griechenlands.

Als ein neuer Schwerpunkt hat sich China erwiesen. Hervorzuheben sind insoweit die Kontakte der Landesregierung in die chinesische Hauptstadtregion Hebei. Im Rahmen einer Reise des Ministerpräsidenten im Jahr 2015 wurde eine Partnerschaftserklärung mit der Region Hebei abgeschlossen. Seitdem sind im Rahmen dieser Vereinbarung bereits verschiedene Delegationen aus Brandenburg nach Hebei und von Hebei nach Brandenburg gereist. Die sich intensivierenden Beziehungen haben sich bereits in konkreten Geschäftsabschlüssen niedergeschlagen. Verschiedene Protokolle und Vereinbarungen u. a. im kommunalen Bereich haben die Bindung in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Verwaltung weiter gefestigt. Anfang Juli 2017 hat eine Reise des MWE gemeinsam mit einer Unternehmerdelegation nach China stattgefunden, während der auch Gespräche mit der Partnerprovinz Hebei geführt wurden. Für September 2018 ist eine erneute Reise des Ministerpräsidenten nach China geplant. Ebenfalls im September 2018 wird eine Unternehmerreise unter Leitung des Staatssekretärs des Ministeriums für Wirtschaft und Energie nach China stattfinden.

Handlungsfeld 2: Handlungsfähigkeit Brandenburgs in internationalen Arbeitszusammenhängen stärken

Im Handlungsfeld 2 hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, die Konzentration der Außenkontakte und ihre stärkere Ausrichtung an fachpolitischen Zielsetzungen mit organisatorischen Maßnahmen zu unterstützen. Dazu gehört einerseits die Bereitstellung der dazu erforderlichen Ressourcen in der Landesverwaltung, andererseits die (Weiter)-Entwicklung von Strategien und Maßnahmenbündeln für Poli-

tikbereiche und Organisationseinheiten, die zunehmend von einer europäischen und/oder internationalen Dimension in besonderem Maße betroffen sind. Flankierend dazu ist es erforderlich, die Fremdsprachenkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen wie auch die internationale Mobilität zu verbessern.

2.1 Organisation und Kapazitäten der Landesverwaltung verbessern:

Im Bereich der organisatorischen Maßnahmen ist es durch die Einführung einer angemessenen und zeitnahen Information zu Dienstreisen der Minister und Staatssekretäre, aber auch für Besuche ausländischer Delegationen gelungen, den Informationsfluss bei Auslandssachverhalten deutlich zu verbessern. Die neu eingeführte Reiseberichterstattung in der Amtschefkonferenz in schriftlicher Form und die Verteilung der Reiseberichte an alle Ressorts hat sich als eine Transparenz schaffende gängige Praxis etabliert.

Der regelmäßige Informationsaustausch der Ressorts untereinander ist zudem durch die neu eingeführte etwa vierteljährlich tagende AG Auslandskontakte, in der alle internationalen Kontakte des Landes (Polen, andere Auslandskontakte und Außenwirtschaft) beraten werden, deutlich verbessert worden. An den Polen betreffenden Teilen der Treffen nehmen auch die Euroregionen teil.

Im MdJEV wurden die bisher in verschiedenen Referaten verorteten Aktivitäten bezüglich Polen, dem Ostseeraum sowie anderen Auslandskontakten und für Internationalisierung in einem Referat gebündelt.

Eine verbesserte Präsenz in internationalen Gremien konnte partiell umgesetzt werden. Dazu hat die Einrichtung der Funktion eines Beauftragten für internationale Beziehungen sowie die Schaffung der Funktion einer gesonderten Staatssekretärin für Europaangelegenheiten und Verbraucherschutz zu einer verbesserten internationalen Präsenz und Sichtbarkeit des Landes Brandenburg geführt. Dies gilt insbesondere für den Ausschuss der Regionen (AdR) der EU, in dem Brandenburg derzeit durch zwei Mitglieder, die Staatssekretärin für Europaangelegenheiten und ein Mitglied des Landtages, vertreten ist.

Zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse und der interkulturellen Kompetenz des Personals der Landesbehörden und -einrichtungen wurden bisher die bereits bestehenden Sprachkurse weitergeführt sowie neue Sprachkurse vor allem für Englisch und Polnisch entwickelt. Die Landesakademie für öffentliche Verwaltung Brandenburg (LAKöV) bietet neben den Kursen „Verwaltungsendlich/-polnisch“ bzw.

„Spracherhalt Englisch/Polnisch“ im Jahr 2017 erstmalig einen Aufbaukurs B1 für Polnisch an. Daneben führt das Bundessprachenamt hochqualifizierte Sprachkurse durch, die teilweise auch Landesbediensteten offenstehen. Ebenfalls erstmalig ab 2017 stehen an der LAKöV Kurse, allgemeine sowie vertiefende Seminare und Workshops zum Thema „Interkulturelle Kompetenz und Willkommenskultur“ u.a. mit den Schwerpunkten Osteuropa und Islam/Arabische Welt zur Verfügung. Die Justizakademie des Landes Brandenburg bietet laufbahnübergreifende Seminare für den nicht-richterlichen Bereich zum Thema „Interkulturelles Training“ an, das sich gezielt an diejenigen Justizbediensteten richtet, die vielfältigen beruflichen Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund und zu ausländischen natürlichen und juristischen Personen haben.

Zur Vermittlung interkultureller Kompetenz finden an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol) verhaltensorientierte Trainings statt, die unter Berücksichtigung lernpsychologischer Erkenntnisse auf den Erwerb interkultureller und interpersoneller Kompetenzen ausgerichtet sind. Die angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erwerben dabei Kompetenzen im Umgang mit Menschen aus verschiedenen Kulturräumen und Techniken zur Reflexion eigener Vorurteile und Stereotype gegenüber anderen Personengruppen. Die Studierenden der FHPol erwerben sprachliche Kompetenzen, um sich in einer zweiten europäischen Amtssprache – vornehmlich Englisch aber auch Polnisch – berufsspezifisch zu verständigen. Auf der Grundlage der schulischen Vorbildung wird die Sprachkompetenz fachspezifisch vertieft. Auch die Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst des Landes Brandenburg erwerben während ihres Studiums zur fachbezogenen Kommunikation mit Angehörigen anderer Kulturen vertiefte Kenntnisse in englischer Sprache.

MLUL hat im Jahr 2016 eine Inhouse-Schulung zum Thema Interkulturelle Kompetenz mit dem Schwerpunkt Kooperation mit Polen durchgeführt. Im Ergebnis einer Projektförderung des MLUL ist das Handbuch zur deutsch-polnischen Verwaltungskommunikation entstanden, das über die Homepage des MLUL⁶ heruntergeladen werden kann.

Zu Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung der Verankerung des Themas Internationalisierung und Europafähigkeit in der Personalverwaltung der Häuser werden auf der Ebene der Z-Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen Gespräche geführt. Ziel ist auch eine stärkere Vertretung der Ministerien in der Landesvertretung in Brüssel durch eine entsprechende Entsendung von Bediensteten dorthin.

⁶ <http://ikwa.eu/>

Als Beispiele guter Praxis der Ressorts seien genannt:

- das MdF formuliert bei den Einstellungsvoraussetzungen für die 2-jährige Ausbildung zum Finanzwirt/zur Finanzwirtin vertiefte Sprachkenntnisse der englischen und/oder polnischen Sprache als wünschenswert;
- die Einrichtung eines Kreises von jüngeren, an internationalen Arbeitszusammenhängen interessierten Beschäftigten im MIL, für die ein besonderes Fortbildungsangebot konzeptioniert wurde und welches schrittweise umgesetzt wird (u.a. Sprachkurse und Kurzzeit-Arbeitsaufenthalte in internationalen Kontexten, z.B. in der Landesvertretung Brüssel);
- eine Umfrage zu den vorhandenen Fremdsprachenkompetenzen und Inhouseschulung für die englische Sprache im MWE;
- unter dem Titel „Sommer-Special mit Frau Sommer“ bietet die Landesakademie für öffentliche Verwaltung ein Fortbildungsseminar an, bei dem Beamte und Beschäftigte aller Laufbahngruppen ohne oder nur mit geringen Vorkenntnissen in der englischen Sprache mit der englischen Sprache vertraut gemacht;
- im Herbst 2017 erfolgte die erste Teilnahme von je einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter aus dem MBSJ und dem MLUL an einem „Praktikumsprogramm“ des Marschallamtes in Großpolen in Posen/Poznań. Brandenburg prüft, ob/wie dies entsprechend in Brandenburg durchgeführt werden kann;
- seit Januar 2018 bietet das MLUL seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wöchentliche In-house-Englischkurse an.

Im Rahmen des angestrebten Verwaltungsaustausches auf regionaler wie nationaler Ebene zwischen Brandenburg und ausländischen Partnern soll im Jahr 2018 - als Pilotprojekt – eine Gegeneinladung an MitarbeiterInnen des Marschallamtes Großpolen erfolgen (vgl. oben unter 1.1.1).

Handlungsfeld 2 umfasst darüber hinaus die Zielsetzung, die Europäischen Investitions- und Strukturfonds sowie weitere EU-Programme noch stärker als bisher für Internationalisierungsaktivitäten zu nutzen. In Umsetzung dieser Zielstellung wurden die Operationellen Programme für die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Projektpartnern geöffnet. Darüber hinaus wurde der Aspekt der Internationalisierung bei der Erstellung, Abstimmung, Umsetzung oder Änderung verschiedener Förderrichtlinien berücksichtigt.

Die Verwaltungsbehörde EFRE beteiligt sich an einem im Jahr 2016 gegründeten Netzwerk von EFRE-Verwaltungsbehörden, dessen Ziel die Nutzung der regionalen und nationalen EFRE-finanzierten Operationellen Programme zur Förderung von transnationalen Projekten ist. Zunächst werden geeignete transnationale Projekte aus dem Innovationsbereich entwickelt.

Im 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) haben brandenburgische Einrichtungen (Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen und öffentliche Einrichtungen) insgesamt rd. 134 Mio. € eingeworben. Mit Stand vom September 2017 - also nach gut der Hälfte der Laufzeit von Horizont 2020, dem aktuellen Forschungsrahmenprogramm - haben brandenburgische Einrichtungen bereits rd. 85 Mio. € eingeworben und damit deutlich mehr als im 7. FRP zur Halbzeit (Okt. 2010: 46 Mio. €). Es wird davon ausgegangen, dass sich die Zahlen weiterhin gut entwickeln und bis zum Ende der Laufzeit von „Horizont 2020“ noch einmal fast verdoppeln werden.

Eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Internationalisierung können INTERREG-Projekte spielen. Das betrifft zum einen die Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Polen (INTERREG A vgl. oben unter 1.1.1). Zur Unterstützung der Beteiligung an multilateralen Projekten der EU-Programme INTERREG B 2014 – 2020 für die Programmräume Ostsee und Central Europe sowie INTERREG EUROPE 2014 – 2020 hat das MdJEV im Jahr 2016 eine Richtlinie zur Förderung der entstehenden Vorbereitungskosten bei der EU-Antragstellung und zur Förderung der nationalen Kofinanzierung von brandenburgischen (Mit-)Antragstellern bzw. Projektpartnern erlassen. Eine Übersicht über INTERREG B- und INTERREG Europe-Projekte, an denen Brandenburg beteiligt ist, ist als Anlage beigefügt.

Die zu Beginn des Jahres 2017 konstituierte IMAG Koordinierung der EU-Förderung erarbeitet eine Übersicht über andere zentral verwaltete EU-Programme, deren Nutzung durch brandenburgische Einrichtungen und über Möglichkeiten, wie die Inanspruchnahme dieser Programme verbessert werden kann (zur Nutzung von EU-Programmen im schulischen Bereich vgl. unten).

Die Nutzung der EU-Programme für Kooperationen mit anderen europäischen Ländern sowohl auf der Ebene der EU-Institutionen, als auch auf der nationalen, regionalen und auch lokalen Ebene sowie mit NGO's ermöglicht es Brandenburg, zum Erhalt und zur Vermittlung der europäischen Werte – auch in Brandenburg - und zum Zusammenhalt innerhalb Europas beizutragen. EU-Programme sowie auch die makroregionalen Strategien der EU eröffnen die Möglichkeit, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes durch die Förderung von Kooperationen im Bereich der Wirtschaft zu stärken, indem Marktzugänge

sowie Kooperationen im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation erleichtert und Startup Unternehmen bei der Internationalisierung unterstützt werden können. Darüber hinaus entstehen Netzwerke und Partnerschaften, in deren Rahmen ein Austausch über gemeinsame Probleme stattfinden kann und Lösungsmöglichkeiten sowohl für länderspezifische, aber auch länderübergreifende Probleme entwickelt werden können. Die Zusammenarbeit in diesen Netzwerken kann wiederum dazu genutzt werden, Einfluss auf die Politik der EU zu nehmen, wie dies derzeit im Rahmen der Diskussion über die Zukunft der Kohäsionspolitik erfolgreich umgesetzt wird (s. Ausführungen unter 1.1.2).

2.2 Thematische Internationalisierungsstrategien:

In Umsetzung der Handlungsempfehlungen im Bereich der Thematischen Internationalisierungsstrategien arbeitet das MWE derzeit an der Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzeptes des Landes Brandenburg. Dabei werden die Internationalisierung von Clustern, die Förderung internationaler Ansiedlungen sowie die internationale Fachkräftewerbung und die internationale Ausrichtung der Gründungsförderung integriert. Das Außenwirtschaftskonzept wird von mehreren Strategien und Handlungskonzepten flankiert, u.a. auch von der Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie des MWE, die im Jahr 2017 vom Kabinett verabschiedet wurde.

Brandenburgische KMU werden bei der Markterschließung und bei der internationalen Vernetzung weiterhin durch die etablierte Markterschließungs- sowie durch die M2-Richtlinie und das Enterprise Europe Network unterstützt. Diese haben sich als zentrale Förderinstrumente zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Anbahnung grenzüberschreitender Geschäfte bewährt (vgl. zum Beispiel die Aufstellung aus dem gemeinsamen Messeprogramm der Länder Berlin und Brandenburg 2018, Teil Auslandsmessen). Es ist in den kommenden Jahren darüber hinaus wichtig, heimische Unternehmen mit den bundes- und landesseitigen Unterstützungsmöglichkeiten für ein Engagement auf ausländischen Märkten vertraut zu machen.

Das Thema Cluster-Internationalisierung insbesondere im Bereich Innovation ist zudem Teil der Clustermanagementprojekte bei der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) und Berlin Partner. Internationalisierungsaspekte für den FuEul-Bereich wurden in die Masterpläne von bisher acht Clustern aufgenommen. Zudem berät WFBB Arbeit potenzielle Antragsteller zu Förderbedingungen und Antragsvoraussetzungen in arbeitsmarktpolitisch relevanten zentral verwalteten EU-Programmen wie z.B. ERASMUS+, Interreg B und Interreg Europe oder EaSI (Programm für Beschäftigung und soziale Innovation).

Im Jahr 2016 hat das neu geschaffene brandenburgische EU-Kompetenznetz, das die EU-Beratungsexpertise der brandenburgischen Hochschullandschaft stärken soll, seine Arbeit aufgenommen. Das EU-Kompetenznetz soll die Erfolgsquoten bei der Einwerbung von EU-Drittmitteln, insbesondere im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, Horizont 2020, dauerhaft erhöhen.

Die Wissenschaft des Landes Brandenburg ist international gut vernetzt. Alle Hochschulen haben eigene Internationalisierungsstrategien und unterhalten derzeit 180 strategische bzw. besonders wichtige Partnerschaften mit Hochschulen in 50 anderen Staaten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Erasmus-Partnerschaften und 61 internationale Studiengänge, die Brandenburger Hochschulen gemeinsam mit ausländischen Hochschulen anbieten. Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben weltweit hunderte von Kooperationen und teilweise über ihre Muttergesellschaften Dependancen in allen Kontinenten und den großen Staaten.

Die Erfahrungen und wesentliche Elemente des vom MWFK erfolgreich mit allen Hochschulen des Landes als EU-COFUND-Projekt durchgeführten internationalen Postdoc-Stipendiatenprogramms BRAIN (The Brandenburg Research Academy and International Network) sollen in das im Aufbau befindliche landesweite Karriereentwicklungsnetzwerk für Postdocs (Arbeitstitel „Landes-Postdoc-Akademie“) integriert und dort Bestandteil einer künftigen Spitzenförderung für herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler werden. Die Implementierung soll auf der Basis eines abzuschließenden Kooperationsvertrages durch die Hochschulen ab 2018 erfolgen.

Im Bereich der Minderheitenpolitik pflegt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur internationale Kontakte und baut diese aus. Dies betrifft zum einen die Zusammenarbeit mit dem europäischen Minderheitendachverband Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), den Austausch mit dem Bundesland Kärnten (Österreich) oder die Teilnahme an von sorbischer/wendischer Seite organisierten Informationsreisen wie beispielsweise nach Wales (Großbritannien). Damit soll der Austausch gefördert und die Minderheitenpolitik Brandenburgs weiterentwickelt werden (vgl. auch Maßnahme 3.1.2. des 2016 von der Landesregierung beschlossenen Landesplanes zur Stärkung der niedersorbischen Sprache). Von besonderem Interesse sind dabei Kontakte zu Regionen mit Non-Kinstate-Minderheiten sowie deutschsprachigen Regionen mit slawischen Minderheiten - wie Sorben/Wenden in Brandenburg.

Gerade vor dem Hintergrund des populistischen Werbens für scheinbar einfache Rezepte im Umgang mit einer immer komplexer werdenden Welt kommt der entwicklungs- und europapolitischen Kommuni-

kation eine immer größere Bedeutung zu. Im Rahmen des jährlich stattfindenden „Round Table Entwicklungspolitik Land Brandenburg“ und dem „Forum EuropaBrandenburg“ werden in Kooperation mit Vereinen der Zivilgesellschaft (VENROB e.V. u. a.) Ideen und Projekte diskutiert, die helfen sollen, Brandenburgerinnen und Brandenburger für internationale Fragen und Zusammenhänge zu interessieren und die im Jahr 2012 verabschiedeten Entwicklungspolitischen Leitlinien umzusetzen. Ein konkretes Beispiel für gemeinsame Initiativen der brandenburgischen Akteure sind sog. entwicklungspolitische „PromotorInnen-Programme“, die durch eine Förderung des Bundesministeriums für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Land Brandenburg seit 2015 umgesetzt werden. PromotorInnen beraten, vernetzen, qualifizieren, unterschiedliche Zielgruppen (darunter schulische – und außerschulische Bildung, Erwachsenenbildung, etc.). Träger sind in einem Fall ein Konsortium aus der Arbeitsgemeinschaft der EineWelt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. und der Stiftung Nord-Süd-Brücken. Darüber hinaus existiert mit gleichen Intentionen und Inhalten das Projekt „Stärkung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit in Brandenburg durch kirchliche Eine-Welt-Arbeit.“

Der aktuellen Entwicklung Rechnung tragend, wurden im Jahr 2016 fünf Bürgerdialoge und eine Fachveranstaltung zum Thema: "Geflüchtete und Fluchtursachen: Was unternimmt die EU und was haben wir damit zu tun?" im Rahmen der sog. "Strategischen Partnerschaft" der Länder durch das MdJEV mit der Europäischen Kommission Berlin und in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis für Brandenburg“ durchgeführt. Diese fanden in Eberswalde, Frankfurt (Oder), Senftenberg, Neuruppin und Potsdam statt. Besonders wichtig war die Einbindung vieler Akteure aus der Region Berlin-Brandenburg und darüber hinaus. Diese Kooperation und das Engagement verschiedener Akteure mit unterschiedlichen Erfahrungen zu einem spezifischen Themenkomplex knüpften damit an die erfolgreiche erste interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Kommunikationsarbeit im Rahmen des EU-Entwicklungsjahres 2015 an. Dieses Format wurde im Jahr 2017 in sieben Bürgerdialogen zu den Themen „Welche Zukunft für die Europäische Union wollen wir?“ und „Migration und Flucht: Wie soll die EU handeln? Was haben wir damit zu tun?“ in Wittstock, Rathenow, Luckenwalde, Perleberg, Eisenhüttenstadt, Lübben und Brandenburg erfolgreich weitergeführt. Weitere dezentrale Bürgerdialoge im Land Brandenburg sind für das Jahr 2018 gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland geplant.

Der Ministerpräsident als stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums sowie die Staatssekretärin des MdJEV als Kuratoriumsmitglied setzen ihre Arbeit bei der Stiftung Entwicklung und Frieden, sef:⁷, die von den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Berlin und Sachsen getragen wird, fort.

⁷ <http://www.sef-bonn.org/sef>

Brandenburg richtet jährlich die Potsdamer Frühjahrsgespräche der sef: aus mit Schwerpunktsetzung auf die Beziehungen zu afrikanischen PartnerInnen.

2.3 Fremdsprachenkenntnisse, Interkulturelle Kompetenz und internationale Mobilität – auch außerhalb der Landesverwaltung

Für die Umsetzung der im Handlungsfeld Fremdsprachenkenntnisse, interkulturelle Kompetenz, internationale Mobilität aufgeführten Handlungsempfehlungen ist der Bildungsbereich von größter Bedeutung. Hier sind, teilweise wegen der Flüchtlingssituation und der daraus resultierenden aktuellen Handlungsbedarfe zahlreiche Maßnahmen der interkulturellen Kompetenzentwicklung in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Schule und Lehrende sowie im Bereich der internationalen Kooperationen und EU-Förderprogramme umgesetzt worden.

a) Kindertagesbetreuung:

Zur Ergänzung des fachlichen Profils der Einrichtung u.a. fremdsprachiger Kräfte in Kitas mit entsprechenden Profilschwerpunkten (z.B. deutsch-polnisch, deutsch-englisch) können nach der Kita-Personalverordnung⁸ Kräfte in Kitas mit entsprechenden Profilschwerpunkten eingesetzt und refinanziert werden. Das landesgeförderte Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) bietet regelmäßig Fortbildungsangebote zu Themen wie Umgang mit Vielfalt und Mehrsprachigkeit, interkultureller Kompetenz und vorurteilsfreier Bildung und Erziehung (zum Teil in Kooperation mit der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg, RAA⁹) an.

b) Schule:

Seit dem Schuljahr 2016/2017 beteiligt sich Brandenburg am Deutschen Sprachdiplom Erste Stufe (DSD I) der Kultusministerkonferenz. Dieses dient nicht nur als qualitätssichernde Maßnahme für den Sprachunterricht sondern den Schülerinnen und Schülern auch als Anreiz mit dem DSD-I-Diplom ein international anerkanntes Sprachzertifikat in den Händen zu halten¹⁰.

⁸ § 10 Kita-PersVO

⁹ <http://www.raa-brandenburg.de/>

¹⁰ Seit dem Schuljahr 2016/2017 gilt dieses Angebot auch für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler an weiterführenden und beruflichen Schulen

Durch das LISUM wird - mit Unterstützung durch den British Council - das Projekt „Englisch konkret“ ab dem Schuljahr 2017/18 in einem nochmals aufgewerteten Format (Blended Learning) fortgesetzt und die Inhalte speziell auf den neuen Rahmenlehrplan und die darin enthaltenen inklusionspädagogischen Elemente (Landeskonzept „Gemeinsames Lernen“) angepasst.

Darüber hinaus haben die Schülerinnen und Schüler in Brandenburg die Möglichkeit, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu zertifizieren¹¹: Im neuen Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10 der Berliner und Brandenburger Schulen wird Spanisch als eine moderne Fremdsprache angeboten¹².

Der muttersprachliche Unterricht, der der Förderung und Pflege der in der Muttersprache oder Amtssprache des Herkunftslandes bisher erworbenen sprachlichen Kompetenz sowie der Weiterentwicklung interkultureller Kompetenzen dient, bietet eine weitere Möglichkeit interkultureller Bildung.

Schülerinnen und Schüler erhalten durch die Nutzung der digitalen Medien sowie durch persönliche Begegnungen im Rahmen von Schulfahrten und Austauschprogrammen die Gelegenheit, vielfältige Kontakte zu Menschen in anderen Ländern zu knüpfen und diese auch zu pflegen.

Interkulturelle Kompetenzvermittlung erfolgt auch in einer aktuell stattfindenden Fortbildungsreihe "Interkulturelles und Interreligiöses Lernen im Fach LER", die in Zusammenarbeit von MBSJ, Universität Potsdam und dem, WiB e.V., entstanden ist und durch das WiB e.V. durchgeführt wird. Die Fortsetzung dieser Fortbildungsreihe in den nächsten Schuljahren ist vorgesehen.

Seit mehr als einem Jahr bietet die Universität Potsdam das Qualifizierungsprojekt „Refugee teachers Program“¹³ an, welches vom MWFK unterstützt und finanziert wird, und an dem auch das MBSJ beteiligt ist. Hier erwerben Flüchtlinge mit Lehrkräfteausbildung die deutsche Sprache auf entsprechendem Niveau, um sie dem hiesigen Arbeitsmarkt zuzuführen.

Das Programm Jugend für Entwicklungszusammenarbeit (JfEz) durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken und die Fortbildungsreihe zum Mobilitätsberater in Kooperation mit dem SFBB 2015/2016 werden weitergeführt. Das Programm "JfEz" sowie "Azubis für Ez" soll stärker beworben werden. Turnusgemäß wurden die 13. Brandenburgischen Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT)

¹¹ Die Zertifikate DELF und DELE dienen als offizieller Nachweis für französische Sprachkenntnisse bei der Immatrikulation an einer Hochschule oder bei der Bewerbung für eine Arbeitsstelle in Frankreich, Belgien, Kanada und der Schweiz.

¹² s. hierzu auch Ausführungen zu 1.2,

¹³ <http://www.uni-potsdam.de/unterrichtsinterventionsforsch/refugee.html>

durchgeführt.

c) Lehrende:

Der Bildungsserver der Länder Berlin und Brandenburg¹⁴ unterstützt die Lehrkräfte mit verschiedenen Materialien (z.B. Dokumentation der KMK-Fachtagung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“) und Hinweisen, um den Erwerb der interkulturellen Kompetenzen bei ihren Schülerinnen und Schülern zu unterstützen.

Interkulturelle Bildung und Erziehung ist zudem ein übergreifendes Thema im neuen Rahmenlehrplan der Länder Berlin und Brandenburg¹⁵. Dessen Teil B: Fachübergreifende Kompetenzentwicklung enthält neben dem Basiscurriculum Sprachbildung weitere Elemente wie z.B. Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt (Diversity), Europabildung in der Schule, interkulturelle Bildung und Erziehung und Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen.

In Fortbildungen und auf Fachtagungen erhalten Schulleitungen, Schulberaterinnen und Schulberater, Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal die Möglichkeit zur eigenen Weiterqualifizierung und zum Austausch mit anderen. Im Rahmen der Qualifizierung der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sind verschiedene Module integriert, die den Erwerb der interkulturellen Kompetenz unterstützen. An dieser Qualifizierung am LISUM haben bis zum Sommer 2017 insgesamt 185 Lehrkräfte teilgenommen. Noch bis zum April 2018 bietet WiB e.V. eine zertifizierte Fortbildung an, durch die weitere 300 Lehrkräfte berufsbegleitend fortbildet werden können. Ergänzend kann ein Materialpool genutzt werden, der beispielsweise eine Handreichung für die Arbeit am schulinternen Curriculum enthält. Die Schulen waren bis zur Unterrichtswirksamkeit des neuen Rahmenlehrplans an der Erarbeitung ihrer schulinternen Curricula beteiligt und haben hier die übergreifenden Themen integriert.

Im Rahmen der Neueinstellung von Lehrkräften an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft wurden seit dem Schuljahr 2015/16 ca. 500 Lehrkräfte mit dem Ausbildungsfach Englisch eingestellt.

d) Integration, Netzwerke und politische Bildung:

Das Bündnis für Brandenburg, das zur Integration von Flüchtlingen im November 2015 gegründet wurde, leistet für die interkulturelle Bildung und Erziehung einen großen Beitrag. Eines der wichtigsten Felder neben dem Spracherwerb ist die Integration in Ausbildung und Arbeit. Außerdem wurden mit Hilfe

¹⁴ <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/interkulturelle-bildung/>

¹⁵ S. hierzu <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/>

des Bündnisses neue Netzwerke auf Landesebene, in Städten und Gemeinden geschaffen, um den Erfahrungsaustausch zu verbessern und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Die Landesregierung förderte 160 ganz unterschiedliche Projekte, darunter Sprachkurse, Wertevermittlung oder Tauschbörsen. Im Rahmen der vom Bündnis für Brandenburg organisierten Dialogforen besteht sowohl für Lehrkräfte als auch andere Akteure die Möglichkeit des gegenseitigen Austauschs und der Professionalisierung.

Daneben entwickeln die RAA Brandenburg¹⁶ als landesweit agierende, unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration eine Reihe von Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte zur demokratischen Integration. Zum Aufgabenspektrum der RAA Brandenburg gehören die Förderung der Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform sowie des bürgerschaftlichen Engagements und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Ideologien. Ergänzt wird das Angebot durch landesweite Projekte unter anderem im Bereich der interkulturellen Schulentwicklung, des Globalen Lernens oder der Fachstelle Islam. Zudem koordinieren die RAA das Programm Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage im Land Brandenburg. Inzwischen gibt es 70 Schulen im Land Brandenburg, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ innehaben und sich mit dem Projekt für ein soziales, solidarisches und friedliches Miteinander sowie für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung einsetzen.

An den weiterführenden allgemein bildenden Schulen wird eine Fremdsprachenzertifizierung für die Fremdsprachen Französisch und Spanisch angeboten, an beruflichen Schulen gibt es ein Zusatzqualifikationsangebot Polnisch für den Beruf „Kaufmann/Kauffrau für Spedition und Logistikdienstleistung“. Des Weiteren existieren Angebote der KMK-Fremdsprachenzertifizierung¹⁷ in Englisch für verschiedene Berufsausbildungen, sowie für Polnisch und Sorbisch/Wendisch im Bereich Sozialwesen.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung als zentrale Einrichtung für politische Bildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur interkulturellen Bildung und Erziehung z.B. durch Buchlesungen, Podiumsgespräche, Vorträge und Diskussionsrunden mit Fachleuten, JournalistInnen, KünstlerInnen, PolitikerInnen. An diesen Veranstaltungen nehmen regelmäßig auch Schulklassen teil.

¹⁶ s. Fußnote 9

¹⁷ Das KMK-Fremdsprachenzertifikat ist ein bundesweit einheitlich geregeltes Zertifikat zum Nachweis berufsbezogener Fremdsprachenkenntnisse. Schülerinnen und Schüler berufsbildender Schulen können es nach erfolgreichem Ablegen einer speziellen Fremdsprachenprüfung erwerben und somit eine für den beruflichen Werdegang bedeutsame Zusatzqualifikation vorweisen.

e) Internationale Kooperation und EU-Förderprogramme:

Zur Erhöhung der internationalen Mobilität gerade von Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen werden bestehende internationale Kooperationen der Schulen ausgebaut. Die teilnehmenden Schulen erhalten entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Als Beispiel guter Praxis für die Nutzung existierender EU-Förderprogramme sei zum einen die Arbeit des Max-Steenbeck Gymnasiums FF/O genannt. Dieses wurde im April 2016 vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD), der Kultusministerkonferenz und dem Bildungsministerium für seine Erasmus+-Schulpartnerschaften mit Schulen aus sechs europäischen Ländern als „Projekt des Monats“ ausgezeichnet. Es erhielt diese Auszeichnung für die Entwicklung u.a. von Materialien zur Berufs- und Studienorientierung in Europa in Zusammenarbeit mit Dänemark, Polen, Frankreich, Lettland, Nordirland und Spanien. Zum anderen erhielt die Katholische Schule Bernhardinum aus Fürstenwalde für ihr europäisches Schulprojekt über die Vielfalt Europas „Europa spielend entdecken“ das eTwinning-Qualitätssiegel 2017 für beispielhafte Internetprojekte.

In dem vom MBSJ koordinierten Projekt „medienfit☺Grundschule“ wurde im Herbst 2017 ein Netzwerk „Medienbildung international vernetzt“ mit Schwerpunkt auf eTwinning-Projekten eingerichtet.

Über den Bildungsserver Berlin-Brandenburg wird weiterhin für die Nutzung der EU-Programme geworben, ebenso im Rahmen des Info- und Beratungstages zum internationalen Jugendaustausch. Darüber hinaus erhalten im Rahmen der Förderung von kommunalen Mobilitätsstrategien Schülerinnen und Schüler Beratungs- und Unterstützungsangebote. Für Schülerbegegnungen wurden Landesmittel zur Verfügung gestellt; weitere Jugendbegegnungen werden fortlaufend weitergeführt.

Handlungsfeld 3: Brandenburg international attraktiver machen

3.1 Attraktivität steigern, Integration fördern, Willkommenskultur schaffen

Die Internationalisierungsstrategie geht davon aus, dass Brandenburg im Hinblick auf die demographische Entwicklung mit anderen, wirtschaftlich oft bessergestellten Bundesländern und Staaten um Zuwanderung konkurrieren muss. Dabei geht es zum einen um die Verbesserung der in Brandenburg tatsächlich gegebenen Rahmenbedingungen, zum anderen aber auch um die Darstellung des Landes nach außen.

Die Internationalisierungsstrategie hat u.a. Handlungsbedarf in Bezug auf die Integration hier lebender Zuwanderinnen und Zuwanderer, die Bedeutung der Ausländerbehörden als erste Begegnungspunkte für Zuwanderer und Zuwandererinnen, die Verbesserung der Serviceleistungen für neu nach Brandenburg kommende Menschen ohne ausreichende sprachliche und kulturelle Kenntnisse, die Unterstützung von Unternehmen und Gewerkschaften bei der Integration ausländischer Fachkräfte in betriebliche Abläufe und bei der Integration der Menschen außerhalb des Betriebs in das Leben vor Ort ausgemacht.

Im Rahmen des Netzwerkes „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) bietet das bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg brandenburgischen KMU, Kammern und Kommunalbetrieben Informationsveranstaltungen und Schulungen zu den spezifischen Gegebenheiten bei der Rekrutierung, Einstellung und Bindung von ausländischen Mitarbeitenden an und unterstützt eine gelebte und nachhaltige Willkommens- und Bleibekultur. Die Agenturen für Arbeit, die Jobcenter und andere Akteure der öffentlichen Verwaltung (mit Arbeitsmarktbezug) werden durch ein weiteres IQ-Teilprojekt der RAA Brandenburg beim Umgang mit Migrantinnen und Migranten im Arbeitsalltag und der interkulturellen Öffnung der genannten Regelinstitutionen unterstützt.

Vor allem in den Jahren 2015/16 ist eine große Anzahl von Geflüchteten nach Brandenburg gekommen. Das Land und die Kommunen haben sich den damit verbundenen Herausforderungen gestellt, zunächst für eine Unterbringung der Menschen gesorgt und nachgehend zunehmend Integrationsangebote unterbreitet. Diese erstrecken sich von die Integrationskurse ergänzenden Landesprogrammen zur Sprachförderung (MASGF, „Deutsch für Flüchtlinge“), der Einrichtung von Willkommensklassen an allgemeinbildenden Schulen bis zu spezifischen Berufsschulangeboten (MBJS, „BFS-G-Plus“) oder speziellen Unterstützungsangeboten an den Hochschulen (MWFK). Ergänzend dazu leisten viele Brandenburgerinnen und Brandenburger in ehrenamtlicher Arbeit einen wertvollen Beitrag für die Unterstützung der Geflüchteten bei und nach ihrer Ankunft in Brandenburg.

Die Qualifikationen der zu uns gekommenen Menschen mit Fluchterfahrung unterscheiden sich laut einer IAB-BAMF-SOEP-Befragung¹⁸ von Geflüchteten deutlich von denen der deutschen Wohnbevölkerung; der Anteil mittlerer Schulabschlüsse ist deutlich kleiner und der niedriger Qualifikationen sehr viel größer. Da die meisten Fluchtländer kein dem deutschen Berufsbildungssystem vergleichbares Ausbildungssystem kennen, weisen viele Geflüchtete keinen formalen Berufsabschluss auf. Auch wenn Berufserfahrungen aus den Heimatländern vorliegen, ist dies keine hinreichende Voraussetzung für die

¹⁸ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, Sozioökonomisches Panel, SOEP

Arbeitsmarktintegration in Deutschland. Unter Rückgriff auf Erkenntnisse früherer Fluchtmigration geht das IAB davon aus, dass die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten ein gehöriges Maß Zeit benötigt; erst nach 15 Jahren erreichen sie mit einer Beschäftigungsquote von 70 v. H. das Beschäftigungsniveau anderer Migrantengruppen. Unternehmen, die bereit sind, Geflüchtete in Ausbildung oder Beschäftigung zu übernehmen, können sich von der Betrieblichen Begleitagentur (bea) beraten und unterstützen lassen. Sie stellt darüber hinaus Kontakt zur Arbeitsverwaltung her, unterstützt einstellende Betriebe durch einen Coach und hilft bei der Gewinnung betrieblicher Mentorinnen und Mentoren. Die Finanzierung von bea erfolgt gemeinsam durch MASGF und MWE.

Insofern bleibt es bei dem ursprünglich ausgemachten Handlungsbedarf, Brandenburg attraktiv für qualifizierte Zuwanderer und Zuwanderinnen (aus Nicht-Asylherkunftsändern) zu machen. Das Thema Internationalisierung hat daher als Querschnittsthema Eingang in die Eckpunkte der Fachkräfte-Strategie des Landes gefunden. Das MASGF hat hierzu auch unter Einbeziehung des Zentralen Auslands- und Fachvermittlungsdienstes der Bundesagentur für Arbeit einen intensiven Fachaustausch eingeleitet. Dieser zeigt, dass die Gewinnung von Fachkräften mit internationaler Erfahrung, auch aus dem Ausland, im Land Brandenburg zunehmend wichtiger wird. Neben der Gewinnung ist ebenso die „Passung“ zu thematisieren: Bisher sind laut IAB Betriebspanel ausländische Arbeitskräfte häufig unterhalb ihres Qualifikationsniveaus tätig. Betriebliche Maßnahmen und Aktivitäten zur (sozialen) Integration der ausländischen Beschäftigten sind entscheidend für den „Erfolg“ der Anwerbung. Hemmnisse bestehen in rechtlichen und institutionellen Hürden (z.B. Anerkennung, Bleibeperspektive), fehlenden oder unzureichenden Sprachkenntnissen, sowie in unzureichenden bzw. nicht anerkannten und damit auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht nutzbaren Qualifikationen.

Hier wird in Zukunft weiter zu prüfen sein, wie und welche Zielgruppen (potenzieller) Zugewanderter ausgehend von den unterschiedlichen Bedarf der Branchen angesprochen werden sollen (akademische Spitzenkräfte vs. FacharbeiterInnen/HandwerkerInnen), wie die genannten Hemmnisse überwunden werden können und welche Maßnahmen zur Integration in den Betrieben beitragen können.

Seit Februar 2017 führt die Verbraucherzentrale Brandenburg ein Projekt zur Verbraucherberatung von Geflüchteten durch. Ein Verständnis für das deutsche Rechtssystem vor allem im Zusammenhang mit alltäglichen Dingen des Lebens wie z.B. dem Abschluss von Mobilfunkverträgen, Lebensmittelkennzeichnung und Finanzdienstleistungen (z.B. Überweisungen) zu entwickeln, ist das wichtigste Ziel des Projektes. Es soll auch Besonderheiten, die sich z.B. aus dem Flächenland und der Verteilung der

Flüchtlinge in ländlichen Regionen ergeben, aufzeigen und Lösungsansätze in Zusammenarbeit mit Multiplikatoren (hauptsächlich große Wohlfahrtsverbände) entwickeln und umsetzen.

3.2 Außendarstellung des Landes/Landesmarketing verbessern

Zur Steigerung der Attraktivität des Landes bleibt es von entscheidender Bedeutung, Brandenburg mehr und besser im In- und Ausland bekannt zu machen. So hat die Staatskanzlei eine Imagebroschüre erstellt, die auch in englischer und polnischer Sprache verfügbar ist.

Im Land Brandenburg gibt es verschiedene AkteurInnen, die sich der Standortwerbung angenommen haben. Um den Wirtschaftsstandort Brandenburg international wirksam bekannter zu machen, gilt es das Handeln der einzelnen AkteurInnen zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Diese Standortwerbung (jenseits des Tourismus) sollte sich auf das Land als Investitions- und Innovationsstandort sowie auf die Attraktivität als Arbeits- und Lebensraum für Fachkräfte und ihre Familien konzentrieren. Ferner soll über gezielte Marketingmaßnahmen der Bekanntheitsgrad sowohl der brandenburgischen Wirtschaftsgüter als auch der brandenburgischen Arbeitsplätze bei potentiellen ausländischen Interessenten erhöht werden (z.B. über das landeseigene Wirtschaftsportal „Brandenburg Business Guide“ oder das Fachkräfteportal). Um die internationale Sichtbarkeit Brandenburgs zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten des EFRE-OP 2014-2020 verstärkt genutzt werden. So kann diese auf die brandenburgischen KMU ausstrahlen und die Verbesserung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Ferner sollen vor allem internationale Veranstaltungen in Brandenburg und im Ausland zu einer stärkeren Wahrnehmung des Landes Brandenburg genutzt werden.

Das MdF strebt die Errichtung eines Internationalen Steuerzentrums – IStZ – an. Dieses Steuerzentrum soll eine verwaltungsinterne Arbeitsplattform aber auch ein Service- und Wissenszentrum sowie eine Kontaktstelle für in- und ausländische Behörden, internationale Organisationen, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen sein.

Zusammenfassung und Ausblick:

Die seit Verabschiedung der Internationalisierungsstrategie im Jahr 2014 gemachten Erfahrungen haben insbesondere vor dem Hintergrund der in der Vorbemerkung aufgeführten globalen Veränderungen gezeigt, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen nicht durchweg in dem gewünschten Maße

möglich war bzw. neue Schwerpunkte in der Politik des Landes gesetzt werden mussten. Insbesondere die Flüchtlingssituation hat dabei Ressourcen in einem Maße gebunden, wie es zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Strategie nicht vorhersehbar war.

Die grundsätzliche Ausrichtung der langfristig angelegten Internationalisierungsstrategie hat sich jedoch bewährt. Sie erweist sich zunehmend als ein wichtiger Bezugsrahmen für viele auftretende Fragestellungen. Bei ihrer Umsetzung sind – wie die Abschnitte 1-3 zeigen - erhebliche Fortschritte erzielt worden.

- (1) Das gilt insbesondere für die Intensivierung der Außenbeziehungen im Rahmen des Handlungsfelds 1:
 - a. Neben der Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit Polen sind die Beziehungen in den Ostseeraum ausgebaut worden. Dies hat die Durchführung der Jahreskonferenz der BSSSC mit einer großen Beteiligung aus allen Ostseeanrainerstaaten im September 2017 in Potsdam deutlich gemacht. Insgesamt ist eine weitere Intensivierung der Kontakte in den Ostseeraum sowohl im Rahmen konkreter (EU-) Projektarbeit als auch durch politische Kontakte und stärkere Kontakte der Zivilgesellschaft vorgesehen. Der neue Partnerschaftsbeauftragte für den Ostseeraum soll dabei Unterstützung leisten.
 - b. Durch die Beteiligung Brandenburgs als Partnerland der Deutschen Woche 2016 des Generalkonsulats St. Petersburg konnten die Kontakte zu Regionen der Russischen Föderation, die bereits vor den aktuellen Spannungen zurückgegangen waren, wieder intensiviert werden. Dadurch ist es möglich, auf regionaler Ebene einen Beitrag zum Abbau der Spannungen zu leisten, die Beziehungen insbesondere zu St. Petersburg/dem Leningrader Oblast weiter auszubauen, sowie zu prüfen, ob die Partnerschaft mit der Kaliningrader Oblast und dem Moskauer Oblast wieder stärker mit Leben erfüllt werden kann.

- (2) Auch in den Handlungsfeldern 2 und 3 sind erhebliche Fortschritte erreicht worden. Zum einen hat es zu einem deutlich verbesserten Informationsaustausch innerhalb der Landesregierung geführt, zum anderen hat das Thema Internationalisierung einen deutlich höheren Stellenwert in ganz unterschiedlichen fachpolitischen Zusammenhängen erlangt. Beispielhaft seien insoweit die Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie sowie die Fachkräftestrategie der Landesregierung erwähnt. Gleichwohl besteht weiterhin Handlungsbedarf in allen Bereichen. Dazu zählt neben der systematischen Verbesserung der Fähigkeiten der Landesbediensteten für das

Arbeiten in europäischen und internationalen Zusammenhängen – einschließlich internationaler Mobilität (Verwaltungsaustausch) - auch eine verbesserte Außendarstellung des Landes.

- (3) Trotz der Verbesserung beim Informationsaustausch zeigt sich immer wieder, dass die vorhandenen Instrumente nur einen eingeschränkten Blick auf die internationalen Aktivitäten und Verbindungen der unterschiedlichen Einrichtungen und Akteure im Land bieten. Daher ist es erforderlich, das Wissen (und dessen Zugänglichkeit) über die vorhandenen internationalen Kontakte von Einrichtungen auch außerhalb der Landesverwaltung weiter zu verbessern.
- (4) Angesichts der vielerorts zu beobachtenden Rückzugstendenzen ist es notwendig, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Einbindung des Landes in internationale Zusammenhänge zu schärfen und die Handlungsmöglichkeiten Brandenburgs in diesen Zusammenhängen darzustellen sowie für eine stärkere Beteiligung an diesen Prozessen zu werben. Dies soll in mehreren dezentralen Veranstaltungen unter Federführung des MdJEV im Land erreicht werden.
- (5) Mit Blick auf den Brexit ist festzuhalten, dass die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union die Staatlichkeit des Landes wesentlich mitbestimmt und zugleich die Grundlage für die große Mehrzahl der internationalen Aktivitäten des Landes darstellt. Sie setzt den rechtlichen und politischen Rahmen für weite Bereiche der Landespolitik und des täglichen Lebens der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Im Rahmen ihrer Europapolitik bringt die Landesregierung frühzeitig die Interessen des Landes in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union ein. Die Bewahrung und Stärkung der Europäischen Union und die Mitwirkung in ihren Angelegenheiten ist daher ein zentrales Anliegen der Arbeit der Landesregierung, das im Rahmen der Internationalisierungsstrategie berücksichtigt werden muss.

Die Internationalisierungsstrategie für das Land Brandenburg war von Beginn an nicht als starre Handlungsmatrix angelegt, sondern als Rahmen für einen Prozess, der sich im Zeitverlauf weiter entwickelt und den aktuellen Gegebenheiten anpasst. In diesem Sinne sollen die Strategie weiter umgesetzt und etwa erforderliche Nachjustierungen und neue Akzentuierungen vorgenommen werden.